

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ



d. Stadt Hochheim

Ersteint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach Flörsheim, Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr., Telefon 157

Anzeigenberechnung: die 46 mm breite Millimeterzeile 3,5 d Familienanzeigen, Vereinsanzeigen und kleine Einpalt-Anzeigen nach besonderem Tarif, im Textteil 10 d. Nachschlagstaffel A. Der Bezugspreis beträgt 85 d ohne Trägerlohn

Nummer 101

Donnerstag, den 23. August 1934

11. Jahrgang

Letzte Frist für Saardeutsche

zur Anmeldung für die Saarabstimmung. — Kein Saardeutscher im Reich darf fehlen!

Berlin, 21. August.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat am 8. August 1934 die Vorschriften über die Aufstellung der Stimmblätter für die Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935 erlassen. Weiterhin hat die Volksabstimmungskommission des Völkerbundes am 20. Juli 1934 eine Bekanntmachung veröffentlicht, die nähere Vorschriften über die Abstimmungsberechtigung und über die Anmeldung der Abstimmungsberechtigten zur Aufnahme in die Stimmblätter enthält.

Hiernach müssen Stimmfähige, die außerhalb des Saargebietes wohnen, einen besonderen Antrag auf Eintragung in die Stimmblätter stellen. Wer nicht in die Stimmblätter eingetragen ist, kann sein Stimmrecht nicht ausüben. Liegt daher im eigenen Interesse aller im Reich wohnenden Stimmfähigen, diesen Antrag mit größtmöglicher Eile einzureichen. Die Antragsfrist läuft mit dem 28. August 1934 ab.

Der Antrag, der an den „Gemeindeausschuß“ des Bezirkes gerichtet ist, in dem der Abstimmungsberechtigte am 28. Juni 1919 die Einwohnerereignisliste hatte, muß folgende Angaben enthalten:

1. Namen, Vornamen, das Geburtsdatum, den Geburtsort und den Beruf des Antragstellers (im Falle einer Berufsänderung denjenigen, den er am 28. Juni 1919 ausübte), sowie die Vornamen seines Vaters und ferner, falls es sich um eine verheiratete Frau handelt, die Namen und Vornamen ihres Ehemannes (im Falle einer Veränderung des Familienstandes nach dem 28. Juni 1919 den Familiennamen, den sie an diesem Zeitpunkt trug);

2. die Gemeinde, in der er die Einwohnerereignisliste am 28. Juni 1919 hatte;

3. den gewöhnlichen Aufenthalt zur Zeit des Antrages; 4. die Anschrift im Saargebiet, an die Mitteilungen zu richten sind.

Die vorhandenen Beweismittel für die Einwohnerereignisliste im Saargebiet sind dem Antrag beizufügen; besitzen sich solche Beweismittel nicht in den Händen des Antragstellers, so ist in dem Antrag anzugeben, bei welcher Stelle des Saargebietes diese Unterlagen erhältlich sind.

Sämtliche Abstimmungsberechtigten im Reich werden hiermit aufgefordert, ihren Antrag auf Eintragung in die Stimmblätter bis spätestens zum 31. August 1934 an den zuständigen Gemeindeausschuß im Saargebiet gelangen zu lassen. Zur Aufklärung über alle, bei der Anmeldung zu berücksichtigenden Gesichtspunkte stehen den Stimmfähigen die Saarmeldstellen ihres jetzigen Wohnortes (das Einwohnermeldeamt, in den Städten die zuständigen Polizeireviere) sowie die Geschäftsstellen des Bundes der Saardeutschen — in Berlin befindet sich diese SW 11, Stresemannstr. 42 — zur Verfügung. Es wird jedem Abstimmungsberechtigten dringend empfohlen, vor Abendung seiner Anmeldung die vorgenannten Stellen zum Zwecke der Beratung in Anspruch zu nehmen.

Die Saartreuekundgebung

Das Programm für Sonntag.

Koblenz, 23. August.

Für die große Saartreuekundgebung in Koblenz-Oberbreitstein am Sonntag, den 26. August, wird folgendes Programm bekanntgegeben:

12 bis 14.30 Uhr: Musik, ausgeführt von der 100 Mann starken Kapelle des Freiwilligen Arbeitsdienstes unter Leitung des Musikzugführers Schrupp und Männerchöre, ausgeführt von 2000 Sängern des Mittelrheinischen Sängerbundes unter Leitung von Gauchornmeister Dr. Kollmann.

14.45 Uhr: Einmarsch der Fahnen.

15 Uhr: Beginn der Kundgebung: Männerchor, Rede des Präsidenten des Bundes der Saardeutschen, Gauleiter Simon, allgemeiner Gesang: Saarländ. Einheitslied, der Reichstreue aus allen Grenzgebieten, Überreichung kurzer Senbophschaften an den Führer, Sprecher der Hitlerjugend, Ansprache des Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Österreich, Herrn von Papen, Ansprache des Saarbevollmächtigten der Reichsregierung, Gauleiter Bürkel, Männerchor.

Rede des Führers.

Deutschlandlied, Horst Wessel-Lied, Abflug von 10 000 Brieftauben, Staffelflug des Deutschen Luftsportverbandes, Marschmusik, Männerchor, Feuerwerk, Beleuchtung der Feste Ehrenbreitstein.

Am Vormittag des 26. August finden für die Teilnehmer der Saartreue-Kundgebung auf dem Kundgebungsplatz auf dem Ehrenbreitstein evangelische und katholische Gottesdienste statt.

Ein Vasallenstaat Italiens?

Die Unterredung Mussolini-Schuschnigg. — Sieht so die „Unabhängigkeit“ aus?

Florenz, 22. August.

Nach der großen Vertrauenskränkung des Deutschen Volkes für den Führer bildet die Unterredung des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg mit Mussolini in Florenz das Hauptereignis der europäischen Politik.

In der amtlichen Verlautbarung heißt es, daß zwischen Mussolini und Schuschnigg zwei Besprechungen stattfanden, die insgesamt drei Stunden dauerten und in deren Verlauf die die beiden Länder interessierenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen besprochen wurden. Es stellte sich eine vollständige Übereinstimmung in den Richtlinien und Methoden heraus, was die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staates betrifft. Zu dieser Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit gehört auch die vollständige innere Autonomie. Sie stellt ein konkretes europäisches Interesse dar und ein förderndes Element zur Erhaltung der Ruhe im Donaubecken.

„So schnell wie möglich nach Italien“

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg gewährte einem Vertreter der Agentur Stefani eine Unterredung, in der er u. a. ausführte, sofort nach seiner Berufung auf den Posten des Bundeskanzlers habe er es als seine moralische Pflicht empfunden, sich so schnell wie möglich nach Italien zu begeben, um einen Gedankenaustausch mit Mussolini herbeizuführen. Die wirkliche Hilfe, die Italien im Kampfe um die Unabhängigkeit Österreichs geleistet habe, gebe den italienisch-österreichischen Beziehungen, die auch das Ziel einer friedlichen Entwicklung Europas verfolgten, eine besondere Note.

Gegenüber Deutschland

bleibe die grundsätzliche Einstellung Österreichs immer die gleiche. Die österreichische Regierung müsse weitestgehend und in jeder Hinsicht die Lebensinteressen des Landes schützen, wobei sie von der Freiheit ihrer Entscheidung auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik ausgehe. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg fuhr dann fort: „Hat man dies erst einmal erkannt, so wird jedes Hindernis für eine Wiederherstellung der normalen Beziehungen mit Deutschland, für deren augenblickliche Trübung Österreich niemals verantwortlich war (!), verschwinden. Das kleine Österreich war immer in der Defensive (!).“

Was Suwisch sagt

Ein nach Florenz entsandter Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte Gelegenheit, mit dem italienischen Unterstaatssekretär Suwisch zu sprechen. Suwisch erklärte: Die Reise Schuschniggs ist vor allem ein Akt der Höflichkeit, der in unserem Lande hochgeschätzt wird. Er beweist vor allem, daß die Politik beider Länder in vertrauensvollem Einvernehmen bleibt. Auf die Frage, ob man an die Notwendigkeit gedacht habe, die bereits bestehenden Abkommen, vor allem im Sinne einer militärischen Zusammenarbeit, zu erweitern oder zu ändern, erwiderte Suwisch: keineswegs. Als wir Truppen an der österreichischen Grenze zusammengezogen hatten, hatten wir diesbezüglich kein Sonderabkommen mit Österreich getroffen. Wir haben entsprechend der gegebenen Notwendigkeit, und unserer Ueberzeugung, der Sache des Friedens zu dienen, gehandelt. Suwisch bestritt, daß die Frage der Wiedereinführung der Habsburger geprüft worden sei. Die italienische Regierung sei mit der österreichischen Regierung der Auffassung, daß diese Frage nicht aktuell sei. Schuschniggs Reise nach Rom, führte Suwisch weiter aus, habe nichts mit der österreichischen Politik zu tun. Bizekanzler Starheimberg hat in einem Interview erklärt, daß die Restauration in Österreich keine aktuelle Frage sei. Er fügte hinzu, daß das Volk, wenn es zwischen Hitler und Otto von Habsburg zu wählen hätte, sich in der Mehrheit für die zweite Alternative aussprechen würde.

Mißtrauen in Frankreich

Die französische Öffentlichkeit betrachtet die Besprechungen Mussolinis mit Schuschnigg mit großem Mißtrauen. „Paris Soir“ wirft die Frage auf, was man in Paris und London gesagt hätte, wenn Mussolini wirklich in Österreich einmarschiert wäre.

Um deshalb legendenähnlichen Unannehmlichkeiten nach dieser Richtung hin vorzubeugen, werde Mussolini sich wohl das Recht erwirkt haben, im gegebenen Falle wirklich in Österreich einmarschieren zu dürfen, ohne Südlawen oder einem anderen Staat Rechenschaft ablegen zu müssen.

Einige Blätter befürchten, daß Mussolini eine ausgesprochen italienische Politik auf Kosten anderer Mächte zu treiben versucht sein könnte. Nicht nur die radikalsozialistische „Ere Nouvelle“ nennt Mussolinis Spiel „beunruhigend und theatralisch“. In diesem Sinne schreibt der Außenpolitiker des „Figaro“, Graf d'Ormesson:

Die Österreicher dürfen nicht vor die Notwendigkeit

gestellt werden, zwischen Anschluß oder italienischem Protektorat zu wählen.

Eine solche Alternative würde nur den Interessen des Nationalsozialismus dienen. Auch „Echo de Paris“ befürchtet, ein Pakt würde Österreich zu einem italienischen Protektorat machen. Ganz abgesehen aber von allgemeineren Erwägungen über die Unterzeichnung eines derartigen Paktes, der sich wahrscheinlich auf die südslawische Politik ähnlich auswirken würde wie die Unterzeichnung des Viermächtepaktes auf Polen: wünschte man.

daß Belgrad eines Tages Berlin in ebenso skandalöser Form zubele, wie Warschau die Betraumung Hitlers als Reichsführer begrüßt habe?

Man möge sich in Acht nehmen. Die beste Politik sei immer noch die, die unter Festigung der alten Allianzen neue Freundschaften zu gewinnen verstehe.

„Von Rom beherrscht“

Zu dem Ergebnis der Zusammenkunft von Florenz schreibt „Daily Herald“, in Florenz sei etwas geschaffen worden, was große Ähnlichkeit mit einem italienischen Protektorat über Österreich habe. Italien verpflichte sich nicht nur, Österreich gegen einen Angriff von außen her beizustehen, sondern auch alle Mittel anzuwenden, um den Sturz der jetzigen Diktatur in Österreich mit friedlichen Mitteln oder mit Gewalt zu verhindern.

Falls die Regierung Schuschnigg von einer solchen Gefahr bedroht werde, dann verpflichte sich Italien, zu ihrer Unterstützung italienische Truppen über die Grenze zu schicken. Um den Schein zu wahren, würden diese Truppen offiziell unter österreichischen Befehl gestellt werden. Die österreichische Regierung werde mit einem Wort im Innern wie nach außen hin völlig abhängig von der italienischen Unterstützung sein. Sie werde zu einer Vasallenregierung, deren Innen- und Außenpolitik von Rom beherrscht werde.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Florenz erklärt: Das ungewöhnlich lange, klare und kraftvoll formulierte Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Mussolini und Schuschnigg erklärt nicht nur positiv die Richtlinien der Beziehungen zwischen beiden Ländern, sondern es beseitigt auch mehrere von gewissen Börsen in Rom in Umlauf gesetzte Gerüchte, Italien habe gewisse Beziehungen darüber fundiert, ob der Abschluß eines regelrechten Militärbündnisses mit Österreich wünschenswert wäre, ein Bündnis, das Italien notfalls das Recht gebe, in Österreich eine militärische Aktion zu unternehmen. Ein anderer Bericht, so behauptet die „Times“, sei in gewissen deutschen Kreisen im Umlauf gewesen, wonach die Zusammenkünfte einen Prüfstein für den italienischen Wunsch bilden würde, die „zerzifferten Fäden der Freundschaft mit Deutschland“ wieder anzuknüpfen. Der ganze Ton des Kommuniquees aber, besonders aber die Bezugnahme auf die völlige innere Autonomie Österreichs, zeige, daß Mussolini und Schuschnigg gemeinsam Deutschland vor einer „Einnischung in innere österreichische Angelegenheiten“ warnen.

„Bundesstaat Österreich“

Berlin, 22. August.

Die österreichische Regierung hat dem Auswärtigen Amt amtlich mitgeteilt, daß durch die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretene neue österreichische Verfassung die bisherige Bezeichnung „Republik Österreich“ durch die Bezeichnung „Bundesstaat Österreich“ zu ersetzen sei.

Flug mit einem Heißluftballon

800 Meter mit Passagier erreicht.

Eberswalde, 22. August. Auf dem Flugplatz der Eberswalder Fliegergruppe in dem benachbarten Finowfurth hatten sich zahlreiche Interessenten versammelt, da bekannt geworden war, daß ein Heißluftballon aufsteigen sollte. Es handelte sich um einen Ballon, der nicht wie üblich mit Gas gefüllt wird, sondern der seinen Auftrieb durch heiße Luft, die mittels einer mit Rohöl gespeisten Heizanlage erzeugt wird, erhält. Es handelt sich hierbei aber nicht um eine Rückkehr zu den Anfängen der Luftfahrt.

Der Heißluftballon, der 1500 Kubikmeter groß ist, wurde fertig gemacht. In der Gondel des Ballons nahm der Erfinder, der Österreicher Brunner, Platz. Der Ballon erhob sich langsam und erreichte in kurzer Zeit eine Höhe von 600 bis 800 Metern. Er trieb über Finow und später über Eberswalde, wo sich die Passanten in den Straßen stauten, um die leuchtende Kugel, die langsam nach Osten treibt, zu bewundern. Nachdem der Ballon 30 Minuten in der Luft war, landete er im Norden von Eberswalde auf einer Wiese. Die Landung erfolgte glatt, so daß keinerlei Schaden weder an der Ballonhülle noch an der wertvollen Heizanlage entstand.

Bauer und Wirtschaft

Biel zu wenig wird der Tatsache Beachtung geschenkt, daß die gesamte deutsche Wirtschaft in immer stärkerem Maße auf Gedeih und Verderb mit der deutschen Landwirtschaft verbunden ist. Das um so mehr in einer Zeit, in der infolge gegenseitiger Abschließung aller Länder von einander allein vom Binnenmarkt her die deutsche Wirtschaft neubelebt werden und neue Kräfte gewinnen kann. Denn in solchen Zeiten wird die heimische Landwirtschaft zum wichtigsten Rohstofflieferanten für die Industrie und gleichzeitig zum größten Verbraucher industrieller Erzeugnisse. Hier zeigt sich unmissverständlich und eindeutig, wie sehr ein gesundes Bauerntum nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch im Interesse der Wirtschaft erhalten und nötigenfalls gefördert werden muß, wenn es droht, infolge von Krisen, an deren Entstehen es selbst unschuldig ist, zugrunde zu gehen. Diese unumstößliche Wahrheit wieder klar erkannt zu haben, ist das bleibende Verdienst der nationalsozialistischen Staatsführung.

Sie hat aus diesem Grunde ihre ganze Sorge darauf gerichtet, der deutschen Landwirtschaft neue Lebensmöglichkeiten zu geben, ohne dabei allerdings den Verbraucher von Nahrungsmitteln irgendwie fühlbar zu belasten. So ist es gelungen, den seit dem Jahre 1928 und 1929 stetig abfallenden Verkaufserlös der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1933 und 1934 gegenüber dem Vorjahr wieder um rund 800 Millionen zu steigern. Daß diese Erhöhung des Verkaufserlöses tatsächlich der Fall gewesen sein muß, ergibt sich ja auch aus den erheblichen Aufträgen, welche die Landwirtschaft wieder an das städtische Gewerbe und die städtische Industrie gegeben hat und welche sich aus der Absatzsteigerung der einschlägigen Gewerbe und Industrien ergeben. Auch der starke und nichtbefriedigte Bedarf der deutschen Landwirtschaft an Arbeitskräften spiegelt diese Besserung der Kaufkraft wieder, denn man muß bedenken, daß dieser Bedarf beinahe völlig zusätzlicher Natur ist, weil der Bauer seine Saisonarbeitskräfte zu Beginn des letzten Winters gehalten und über den Winter durchgehalten hat.

Aber nicht genug, daß der deutschen Landwirtschaft durch diese erhebliche Erhöhung ihrer Verkaufserlöse neue Lebensmöglichkeiten gegeben wurden; darüber hinaus ist für eine weitgehende Senkung ihrer Lasten Sorge getragen worden. Ging man doch von der Erkenntnis aus, daß eine dauerhafte Belebung des Binnenmarktes nur möglich ist, wenn ein kaufkräftiges Bauerntum vorhanden ist. So wurde z. B. die Einkommensteuer für die Landwirtschaft von 2 v. H. auf 1 v. H. gesenkt. Das bedeutet eine Ersparnis von 40 Millionen Mark. Eine weitere Senkung erfuhr die Ausgaben der Landwirtschaft durch die Herabsetzung der Grundsteuer, die dem deutschen Bauern weitere 75 Millionen Mark ersparte. Diese Entlastung wurde verstärkt durch eine Senkung der Schlachtsteuer um 7 Millionen Mark und die Befreiung der deutschen Landwirtschaft von der drückenden Arbeitslosenversicherung in Höhe von 40 Millionen Mark. Darüber hinaus hat die nationalsozialistische Staatsführung überall da tatkräftig eingegriffen, wo es Not tat. So sind allein 35 Millionen Mark für die Beschäftigung von Landarbeitern an den deutschen Bauern gezahlt worden. Ferner wurde die Ausgabenlast der Landwirtschaft um 150 Millionen Mark durch die Senkung der Hypothekenzinsen entlastet und schließlich gewährte das Reich noch einen Betrag von 40 Millionen Mark als Zuschüsse für Bauten aller Art. Rechnet man die im Wirtschaftsjahr 1933-34 gestiegenen Aufwendungen für Löhne und Sozialversicherung, die infolge der Mehrbeschäftigung entstanden sind, von der oben errechneten Gesamtentlastung ab, so ergibt sich insgesamt eine Ersparnis von 312 Millionen Mark für die deutsche Landwirtschaft. Da auf der anderen Seite ihre Verkaufserlöse um 800 Millionen Mark höher als im vorigen Jahre waren, so ergibt sich daraus, daß die gesamte Einnahmesteigerung der Landwirtschaft insgesamt etwa 1112 Millionen Mark betragen hat. Wie sehr die Höhe der Einnahmen der deutschen Landwirtschaft für alle Zweige der Wirtschaft von maßgeblichem Einfluß sind, zeigt die Verteilung der Ausgaben der deutschen Landwirtschaft. So hat die deutsche Landwirtschaft im Jahre 1928 insgesamt 9,5 Milliarden Mark von ihrer Gesamteinnahme in Höhe von 10,2 Milliarden Mark wieder in den Kreislauf der Wirtschaft zurückgeführt.

Ein ebenso klarer Beweis für die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für Industrie und Gewerbe ist eine

Stattistik, die die Landwirtschaft als Käufer landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Verbrauchsgüter im Jahre 1932-33 aufzeichnet. Sie kaufte in diesem Jahre für 460 Millionen Mark Düngemittel, für 400 Millionen Mark Bekleidung, für 150 Millionen Mark Baustoffe, für 140 Millionen Mark Hausrat und für 76 Millionen Mark Landmaschinen. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß diese Ergebnisse aus einer Zeit stammen, in der es für die deutsche Landwirtschaft infolge hoher Verschuldung und übertriebener Zinsforderungen nur magere Einnahmen gab. Die Schrumpfung der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse zwang dazu, die notwendigsten Käufe zurückzustellen. So hat sich im Laufe der letzten Jahre ein gesteigerter Bedarf eingestellt. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß jede Einnahmeerhöhung der Landwirtschaft zum größten Teil zur Deckung dieses Bedarfs benutzt werden wird; das bedeutet aber, daß jede Einnahmeerhöhung in Gestalt von Aufträgen dem städtischen Gewerbe zufließt und damit in den Kreislauf der Volkswirtschaft auf schnellstem Wege wieder zurückfließt.

Vereidigung der Beamten

„Dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes treu und gehorham.“

Berlin, 22. August.

In Verfolg des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und der Volksabstimmung vom 19. August hat die Reichsregierung das folgende Gesetz „über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht“ beschlossen, das in Nr. 98 des Reichsgesetzblattes 1 veröffentlicht ist.

1. Der Dienst der öffentlichen Beamten lautet:

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorham sein, die Befehle beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

2. Der Dienst der Soldaten der Wehrmacht lautet:

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorham leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

Die im Dienst befindlichen Beamten sind unverzüglich gemäß Ziffer 1 zu vereidigen.

Das Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 1. Dezember 1933 — Reichsgesetzblatt 1 Seite 1016 — und die Verordnung vom 2. des gleichen Monats — Reichsgesetzblatt 1 Seite 1017 — werden aufgehoben.

Auf Grund dieses Gesetzes, nach dem alle öffentlichen Beamten auf die Person des Führers und Reichszanzen Adolf Hitler zu vereidigen sind, wie dies bei den Soldaten der Wehrmacht bereits geschehen ist, hat der Reichsminister des Innern sämtliche Behörden angewiesen, die Vereidigung der im Dienst befindlichen Beamten unverzüglich vorzunehmen.

Der Landbundsführer verhaftet

Wie die Politische Korrespondenz erfährt, sind im Zuge der Maßnahmen wegen der Vorgänge in der Nacht zum 27. Juli in Gelpolshofen der frühere Minister Bachinger, der Ingenieur Pamperl und der Redakteur Ihinger von der Wessert Bauernzeitung in Polizeigewahrsam genommen und nach Wels gebracht worden. Bachinger ist der Führer des österreichischen Landbundes.

Bachinger soll den Versuch unternommen haben, die vor kurzem aufgelösten Bauernwehren getarnt weiterbestehen zu lassen.

Neue Kerkerurteile

Gegen eine Anzahl von Personen, die am Aufstand beteiligt waren, wurden wiederum Kerkerurteile bis zu 20 Jahren verhängt. Im Prozeß gegen die Aufständischen vom Ennstal wurde als Zeuge Prinz Franz Josef zu Schaumburg-Lippe aus der Haft vorgeführt. Er gab an, den ganzen Kampf mit einem Feldstecher beobachtet zu haben, und könne auf seinen Eid nehmen, daß die Aufständischen nach der Entwaffnung der Regierungstruppen auf diese nicht mehr geschossen hätten.

Liste der säumigen Steuerzahler

Ein Aufruf des Staatssekretärs Fritz Rehnhardt.

Der Staat stellt die Rechtsform dar, in der sich das Leben der Volksgemeinschaft und aller ihrer Glieder vollzieht. Der Staat ist nicht um seiner selbst willen, sondern um des seiner Führung anvertrauten Volkes willen. Es ist da, um die Voraussetzungen zu schaffen, zu festigen und zu stärken, deren es bedarf, wenn das Volk als solches in natürlicher Folge davon die einzelnen Berufsstände, einzelnen Familien und die einzelnen Volksgenossen leben und gedeihen können.

Der Staat braucht zur Erfüllung seiner Aufgaben die zur Verrichtung seiner Aufgaben erforderlichen Einnahmen, soweit nicht dem Staat Einnahmen aus eigenem Vermögen zufließen, in Form von Steuern und Abgaben auf die Glieder der Volksgemeinschaft umgelegt werden. Ohne Steuern kein Staat, und ohne Staat kein Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit des Volkes, der Familie und der Einzelperson.

Die Kraft des Staates, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen, bestimmt sich nach der Einstellung der einzelnen Volksgenossen zum Staat. Die Einstellung des einzelnen Volksgenossen zum Staat findet ihren Ausdruck in dem Grad des Pflichtbewußtseins und des Verantwortungsbewußtseins gegenüber dem Staat. Eine wesentliche Pflicht besteht darin, dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zu stellen. Der Grad des Pflichtbewußtseins und des Verantwortungsbewußtseins des Einzelnen gegenüber dem Staat bestimmt sich infolgedessen im wesentlichen nach seiner Ehrlichkeit bei der Abgabe von Steuererklärungen und nach der Pünktlichkeit in der Erfüllung seiner steuerlichen Verpflichtungen.

Diese beiden Eigenschaften — Ehrlichkeit und Pünktlichkeit in der Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen — bilden die Grundlage wahrer Treue zum Staat und damit zur Volksgemeinschaft dar. Je stärker diese Eigenschaften sich ausprägen, um so größer gestaltet sich das Bewußtsein, daß die Steuerlast, die auf den einzelnen Person gemindert werden kann, und um so stärker sind infolgedessen die Voraussetzungen für eine durchgreifende Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Lage unseres Volkes. Mangel an Ehrlichkeit und Pünktlichkeit bei der Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen bedeutet Mangel an Treue zum Staat und zur Volksgemeinschaft.

Um diesen Mangel aus dem Kreis unserer Volksgenossen möglichst auszuschließen und gleichzeitig die Kraft des Staates zur Erfüllung seiner Aufgaben zu stärken, wird in der Zukunft eine Liste der säumigen Steuerzahler aufgestellt werden, erstmalig im Frühjahr 1935 für das Jahr 1935.

In die erste Liste der säumigen Steuerzahler werden aufgenommen werden, wer am 1. Januar 1935 mit Steuerzahlungen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1935 rückständig ist oder es im Jahr 1935 hinsichtlich einer Zahlung der Vorauszahlung zu einer zweimaligen Mahnung verweigert. Es liegt deshalb im Interesse eines jedes Steuerpflichtigen, die vorhandenen Steuerrückstände sobald wie möglich spätestens bis Ende Dezember 1934, reiflos zu begleichen, ab Januar 1935 die einzelnen Steuerzahlungen stets pünktlich zu entrichten.

Die Steuerzahlungen sind möglichst nicht durch Barzahlung, sondern durch Postcheck, Überweisung, Zahlkarte oder dergl. zu entrichten. Auf der Rückseite des Überweisungsscheines oder dergl. muß stets vollständig genau angegeben werden, wofür die Zahlung dient.

Fünf Jahre auf der Wrangel-Insel

Reval, 22. August. Wie aus Moskau gemeldet wird, es geht dem sowjetrussischen Eisbrecher „Krasin“ gelungen an der Wrangel-Insel vor Anker zu gehen und die seit Jahren dort haufende Insel-Befahrung an Bord zu nehmen. Die Befahrung, die zum größten Teil aus sowjetrussischen Forschern und wissenschaftlichen Hilfsarbeitern besteht, wird seinerzeit für die Dauer von zwei Jahren auf die Insel gegangen. Da es jedoch der Hilfsexpedition nicht gelang, über das Eis bis zur Insel vorzudringen, mußten die Forscher notgedrungen fünf Jahre auf der Insel zubringen. Durch die Entdeckung der Batterien für die drahtlosen Empfänger waren sie von der Außenwelt völlig abgeschnitten.

Der Geiger

Roman von
Fritz Poppenberger



aus
der Roland-Bar

„Aber Protopoff“, sagte Ilse leise, vorturfsvoll, „denken Sie doch an die Welt, an Mitmenschen, die sich tranken würden. Haben Sie keine Angehörigen?“

Protopoff schüttelte auf. „Angehörige? Nein! Meine Mutter... sie ist tot. Leute, die sich Volschewisten nennen und vorgaben, dem Volke das Heil zu bringen, schossen sie nieder. So hörte ich wenigstens...“ Protapoff vergrub sein Gesicht in die geballten Fäuste. „Und so habe ich niemanden mehr auf der Welt. Zwar dachte ich Narr einmal, ich werde vielleicht noch ein Wesen finden, das mir näherstehen könnte, doch — ich bin — ja — nur Vargeiger.“

Einem inneren Zwang folgend, fast ohne es zu wissen, strich Ilse Protapoff über die schwarzen, glänzenden Haare. Da sah dieser mit dankbaren Augen zu ihr auf. Und plötzlich ergriff er ihre Hand und bedeckte sie mit zitternden Küssen.

„Fräulein Ilse, Sie wissen nicht — wie unglücklich ich bin — ich weiß, Sie werden mich auslachen — ich bin doch nur Vargeiger und Sie ein Wesen aus einer anderen Welt, doch ich muß es Ihnen sagen...“

Ilse lächelte warm und verklärte. War sie doch so froh.

„Protopoff, ich lache Sie nicht aus. Nein...“

„Ilse!“ klang es jubelnd. Freudig sprang Protapoff auf und ergriff ihre andere Hand. Willenslos überließ Ilse sie ihm. Die Nähe des schönen Mannes, der sie um fast einen Kopf überragte, die Stille um sie her, die Wärme des kleinen Raumes, in dem sie mit Protapoff allein war, lähmte sie, berauschte sie. Zwei Augenpaare tauchten ineinander. In Ilse's Ohren klang die weiche Melodie, die sie zum ersten Male in der Roland-Bar gehört hatte; sie sah nur die schönen schwarzen Augen, und sie wehrte sich nicht, als Protapoff sie an sich zog. Ein lähmender Rausch, ein süßer Taumel überkam beide, als sich die heißen Lippen fanden...

Da fielen die Augen Ilse's wieder auf die Altstudie an der Wand, und plötzlich lehrte ihr das Bewußtsein wieder, wo sie sich befand. Erschreckt entwand sie sich den Armen Protapoff's.

„Ich muß schon fort. Der Zug geht in zehn Minuten.“

Protopoff's Augen umdüsterten sich. Die Erwähnung der bevorstehenden Fahrt Ilse's gaben ihm den Begriff von Gegenwart und Zeit wieder. Traurig sagte er: „Sagt Ihnen Sie und lassen mich in meinem Unglück zurück, nachdem Sie es mich für einige Augenblicke vergessen ließen. Ich werde jetzt mein Los um so schwerer tragen.“

„Ich komme ja bald zurück“, antwortete Ilse tröstend-mild. „Dann sprechen wir weiter. Vorläufig bewahren Sie Stillschweigen, denn mein Vater würde aus dem Häuschen geraten.“

„Ilse, Ihr Ernst?“ jubelte Protapoff. „Sie spotten nicht meiner — des armen Vargeigers? Sie haben bisher nicht nur mit mir gespielt? Ich darf hoffen? Ich...?“

Ilse nickte froh mit dem Kopfe. „Ja, Protapoff, Gregor Protapoff... Gregor.“

„Oh, Ilse, liebes Kind.“ Und wieder ergriff Protapoff

ihre Hand und küßte sie, aber nicht stürmisch, sondern leise, behutsam, als wäre sie ein Kleinod.

Ein Blick Ilse's auf die Armbanduhr überzeugte sie, daß es höchste Zeit war, zu eilen. „Jetzt muß ich aber fahren. Meine Jose fährt morgen mit dem Frühzug. Ich muß doch unbedingt vor ihr in der Pension antommen, sonst fällt es ihr auf. Ich darf diesen Zug nicht verpassen. Ich bin doch nur deswegen auf dem kleinen Bahnhof ausgeflogen, um Sie — du — dich — Sie zu sprechen. Gehen wir jetzt.“

Ilse hüllte sich in ihren Pelztragen. Auch Protapoff schlug den Kragen hoch. Jetzt, da sie wußten, wo sie sich befanden, war es ihnen nicht mehr so leicht, unbefangen durch das Café zu gehen.

„Wie kommen wir jetzt nur ungesehen hinaus?“ meinte Protapoff, und öffnete behutsam die Tür zum Korridor. Da kam auch schon der Kellner herbei, untertänig und verschämt grinsend. „Nicht wahr, meine Herrschaften, bei uns ist man ungestört! Bitte uns nur oft zu besuchen. Haben immer freie Zimmer zur Verfügung. Falls Sie brauchen, auch für längere...“

Protopoff's zornblühende Augen ließen ihn verstummen. Erstaunt fragte er: „Waren Sie nicht zufrieden? Jetzt etwas an der Einrichtung?“

„Schweigen Sie“, fuhr Protapoff den Kellner an, obwohl er wußte, daß diesem eigentlich kein Vorwurf gemacht werden konnte. „Hier haben Sie Ihr Geld. Sagen Sie uns lieber, wie wir ungesehen hinauskommen.“

Der Kellner machte wieder eine tiefe Verbeugung.

„Ungelesen? So, wie Sie vorhin gekommen sind!“

„Sibt es keinen anderen Ausgang?“

„Bedaure, nein!“

(Fortsetzung folgt)

Zum 25. und 26. August 1934.

Montag abends noch einmal die tanzfrohe
Einwohnerschaft in zufriedenstellendem Kreise unter

Berlin, 22. August.

Kleefeld. (Tot auf dem Fuhrwerk.) Der 64-jährige Landwirt Heinrich Brot von hier war mit seinem Fuhrwerk zum Futterholen auf das Feld gefahren. Als der Wagen wieder vor seinem Hof ankam, merkten seine Angehörigen zu ihrem Schrecken, daß der Mann, der noch auf dem Wagen saß und die Zügel in der Hand hielt, todt war. Er ist wahrscheinlich einem Hirnschlag erlegen.

Schmitt, Sponheim